

109-5 / 127

33 listů

34 listů

list č. 6-1 navíc

2.9.2009 Janč

Počet listů ve složce neodpovídá počtu listů uvedených
na obálce

12 V 106/42a

Geheim!

Geheim!

17/165742

1. Dies ist ein Strafgesetzbuch des Reiches
§ 88 Abs. 1 in der Fassung des Gesetzes vom
24. 4. 1934 (Reichsgesetzblatt S. 341 ff.).

2. Minderjährige sind ausgeschlossen, bei Doppeltverurteilung
als „Eingekerkerten“.

3. Angehörige der Wehrmacht (für Wehrmachtangehörige) Protectoratsangehöriger!

Haft!

Anklageschrift

Den Fahrer beim Gesundheitsamt der Stadtgemeinde
Prag Wenzel Křemen aus Prag-Podol, Linkesscheit-
straße 489, geboren am 3. Dezember 1901 in Hodkowitz,
verheiratet, Protectoratsangehöriger,

Bl. 3, 3a/R

nicht bestraft,

Bl. I, II

Bl. 1

am 24. Juni 1941 vorläufig festgenommen und
auf Grund des Haftbefehls des Ermittlungsrich-
ters des Volksgerichtshofs in Prag vom 16. Sep-
tember 1941 - 556b 490/41 - seit diesem Tage,
jetzt im Zuchthaus in Gollnow, in Untersuchungs-
haft,

Bl. 48

bisher ohne Verteidiger,

klage ich an,

von Herbst 1939 bis Juli 1940 in Prag
fortgesetzt und gemeinschaftlich mit
anderen durch dieselbe Handlung

- 1) das hochverräterische Unternehmen,
mit Gewalt oder durch Drohung mit Ge-
walt ein zum Reiche gehöriges Gebiet
vom Reiche loszureißen, vorbereitet
zu haben, wobei die Tat darauf ge-
richtet war, zur Vorbereitung des
Hochverrats einen organisatorischen
Zusammenhalt herzustellen oder auf-
rechtzuerhalten,
- 2) im Inland es unternommen zu haben,
während eines Krieges gegen das Reich
der feindlichen Macht Vorschub zu
leisten

leisten oder der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen,

- 3) ohne Zustimmung des Reichsprotectors eine betriebsfähige Funksendeanlage in Verwahrung genommen zu haben,

Verbrechen nach § 30 Abs.1, § 83 Abs. 2 und 3 Nr.1, §§ 91 b, 47, 73 StGB., § 1, § 3 Nr.3 der Verordnung gegen die Schwarzsender im Gebiete des Protectorats Böhmen und Mähren vom 11. Oktober 1939 (VOBl RProt.S. 190).

Der Angeschuldigte, der früher Bezirksleiter des "Junak" (tschechische Pfadfinder) gewesen ist, hat der illegalen tschechischen Militärorganisation in Prag eine Gruppe von 40 Personen zur Verfügung gestellt, die für die Besetzung wichtiger Eisenbahnanlagen in Prag-Weinberge und -Werschowitz vorgesehen war. Er hat ferner Sendegeräte entgegengenommen und verwahrt, die für die Militärorganisation bestimmt waren.

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen.

I.

Die organisatorische Betätigung des Angeschuldigten.

Bl.3R/4,27

Der Angeschuldigte, der von Beruf Büchsenmacher ist, ist seit 1922 als Arbeiter bei der Stadtgemeinde Prag, zuletzt als Fahrer beim Gesundheitsamt in Prag tätig. Er war Mitglied des sozialdemokratischen Turnvereins DTJ. und des Skaut-Verbandes (tschechische Pfadfinder). In diesem Verband führte er die Skaut-Jugend seit 1919 und wurde mit ihr im April 1939 in den Pfadfinderverein "Junak" überführt, in dem er im September 1939 die Abteilung 13a, die mehrere Prager Bezirke umfaßte, übernahm und fünf Abteilungen mit je 20 Personen unter sich hatte. Seit der Errichtung des Protectorats ist er Mitglied des "Narodni sourucestvi".

Im

Bl. 4, 7/8, 29, 35

Im Herbst 1939 erfuhr der Angeschuldigte von dem ihm seit 1938 bekannten, in dem Verfahren 12 J 289/41g verfolgten Apotheker Ottokar Schiedeck, der gleichfalls Mitglied des "Junak" war, daß eine geheime Organisation bestehe, die das Ziel verfolge, im Protektorat einen Umsturz herbeizuführen, wenn Deutschland im Falle des Krieges mit den Westmächten das Protektorat von Truppen entblößen müsse. Der Plan sei bereits ausgearbeitet, der günstige Augenblick aber noch nicht gekommen. Aus weiteren Gesprächen mit Schiedeck und dem Gefreiten der Regierungstruppe Zika (12 J 289/41g),

Bl. 29

der gleichfalls Mitglied des "Junak" war, entnahm der Angeschuldigte, daß ein gewisser Jednik (offenbar ein Deckname) an der Spitze der Organisation stand und Vorgesetzter von Schiedeck sowie Zika war.

Bl. 7/8, 29/30, 34

Etwa im Februar 1940 unterrichteten Schiedeck und Zika auf dem Sportplatz des DTJ., auf dem der "Junak" an den Sonntagen zu üben pflegte, den Angeschuldigten näher über seine Aufgaben in der Organisation. Danach sollte er aus zuverlässigen Mitgliedern des "Junak" eine Gruppe von etwa 40 Personen in der Stärke eines Zuges zusammenstellen und mit dieser Gruppe im Einsatzfall, also beim Abzug der deutschen Truppen aus dem Protektorat, wichtige Eisenbahnanlagen, nämlich die Bahnhöfe Prag-Weinberge und Werschowitz mit dem Rangierbahnhof Werschowitz, die Überführung in Richtung Sabiechlitz, die Gleisanlagen zwischen den Rangierbahnhöfen Werschowitz und Lieben, sowie die Eisenbahnbrücke über die Moldau in Richtung Smichow besetzen. Dieser Auftrag wurde später dahin eingeschränkt, daß die Gruppe des Angeschuldigten die Eisenbahnbrücke über die Moldau nicht besetzen sollte. Schiedeck beauftragte den Angeschuldigten ferner damit, in "Junak" einen Gesundheitsdienst einzurichten, der gleichfalls im Rahmen der Militärorganisation tätig werden sollte.

Bl. 46/47

Der Angeschuldigte bemühte sich dann darum, die VOR

Bl. 11/12, 32/33 von Schriedeck und Zika gewünschte Gruppe aufzustellen. Etwa im August 1940 trat er an den ihm in "Junak" unterstellten Rudolf Heřmanek heran und beauftragte ihn, eine Gruppe von mindestens 18 Jahre alten Mitgliedern des "Junak" zusammenzustellen, um mit ihr die Bahnhöfe Weinberge und Werschowitz besetzen zu können. Heřmanek war dazu bereit und erklärte, er werde eine Gruppe von zwölf Mitgliedern zusammenstellen können, falls das Mindestalter auf 16 Jahre herabgesetzt werde. Der Angeschuldigte klärte Heřmanek im wesentlichen über den Zweck dieser Besetzung auf und wies ihm an, über die Sache nicht weiter zu sprechen. In ähnlicher Weise unterrichtete er auch Loos und Slipka, die gleichfalls dem "Junak" angehörten und ihm unterstellt waren. Dem Loos teilte er mit, daß er als Vertreter des Heřmanek die Besetzung des Bahnhofs in Werschowitz übernehmen und im Falle der Werbung einer größeren Anzahl von Mitarbeitern den Rangierbahnhof in Werschowitz unter eigener Verantwortung besetzen solle. Loos, der zur Mitarbeit bereit war, erklärte, er habe in seiner "Junak"-Gruppe nur ganz junge Leute und wolle daher versuchen, aus seinem Bekanntenkreis wenigstens zwei Personen zu werben. Mit Slipka sprach der Angeschuldigte im Laufe des Jahres 1940 zweimal. Dieser erklärte, er hoffe, sechs Personen zusammenbringen zu können, um mit ihnen im gegebenen Augenblick die Strecke Werschowitz-Lieben teilweise zu besetzen. Über das Ergebnis der Bemühungen von Heřmanek, Loos und Slipka ist der Angeschuldigte angeblich nicht unterrichtet worden. Er kam bis Anfang des Jahres 1941 mehrfach mit Schriedeck zusammen und teilte ihm das Ergebnis seiner Bemühungen um die Aufstellung seiner Gruppe mit. Obgleich Schriedeck niemals von Waffen sprach, nahm der Angeschuldigte gleichwohl an, daß die einzelnen Gruppen vor Durchführung der Besetzungen bewaffnet werden würden.

Bl. 12, 34

Bl. 30/31

Bl. 9, 32

Die Aufbewahrung funktechnischer Geräte.

- Bl. 27 Durch die Übernahme der Abteilung 13a des "Junak" war der Angeschuldigte, wie teilweise schon erwähnt, mit Schleddeck, Zika und dem Steindrucker Adolf Rapp (12 J 289/41g) bekannt geworden. Während Zika die sogenannte Verbindungsgruppe des "Junak" leitete, die sich mit technischen Dingen (Fernsprecher und dergleichen) befaßte, war Rapp als dessen Vertreter und Schleddeck als Sanitätsführer tätig. Um die Jahreswende 1939/1940 überbrachte Rapp dem Angeschuldigten in
- Bl. 5, 27 Schleddecks Auftrag einen Empfänger und einen Verstärker (Eliminator) und bat ihn um deren Aufbewahrung. Wie Rapp ihm mitteilte, sollten die Apparate in einen größeren Koffer eingebaut werden. Der Angeschuldigte bewahrte die Geräte teils auf dem Boden und teils in der Küche seiner Wohnung auf, bis sie nach etwa zwei Wochen von Rapp wieder abgeholt wurden. Anfang des Jahres 1940 waren Schleddeck, Zika, Rapp und der anderweit verfolgte Binder, der gleichfalls zu Zikas Verbindungsgruppe gehörte, gelegentlich bei dem Angeschuldigten, um mit ihm "Junak"-Angelegenheiten zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit brachten sie ein funktechnisches Gerät mit, das sie als einen 5 Meter Apparat bezeichneten und von dem der Angeschuldigte angeblich nicht weiß, ob es sich um einen Sender oder einen Empfänger handelte. Binder nahm den Apparat nach der Besprechung wieder mit sich.
- Bl. 5, 28 Etwa im Juli 1940 holte der Angeschuldigte auf Rapps Bitte bei Schleddeck einen Holzkoffer ab, der nach Rapps Mitteilung einen Empfänger enthielt. Der Angeschuldigte bewahrte diesen Koffer etwa eine Woche im Keller seiner Wohnung auf, bis ihn der anderweit verfolgte Nindl abholte, den der Angeschuldigte inzwischen als weiteres Mitglied der Verbindungsgruppe von Zika kennen gelernt hatte. Der Angeschuldigte, der angeblich bei den ersten beiden funktechnischen Geräten noch nicht auf den Gedanken kam, daß sie mit der Organisation in Zusammenhang ständen, dachte sich bei der
- Bl. 9, 29 Aufbewahrung

Der Leiter der Abteilung IV
(Kulturpolitik)
W/Th.

Prag, 18. April 1944.

1667

20.30

Fernschreiben

an die
Herren Oberlandräte -Inspekture-

Betr.: Aufruf der Protektoratsregierung an das tschechische Volk vom 13. April 1944.

Seit dem Vertragsabschluss Benesch's in Moskau hetzt die Emigration das tschech. Volk auch über den Sender London im Moskauer Stil zu Sabotage jeder Art und offenem Widerstand auf. Diese Hetze hat seit der angeblichen Erreichung der ehemaligen tschechoslowakischen Grenze durch die "Rote Armee", die in den Ostertagen vom Feindfunk gemeldet wurde, nochmals eine ganz ausserordentliche Steigerung erfahren. Diese Tatsache war die Veranlassung für die Herausgabe des Ihnen bekannten Aufrufes des Staatspräsidenten und der Protektoratsregierung an das tschech. Volk. Ich habe der Protektoratsregierung keinen Zweifel darüber gelassen, dass dieser Aufruf als letzte Warnung an die tschech. Bevölkerung zu betrachten ist. Wer trotz dieser Warnung feindliche Agenten, die bereits im Lande sind oder hier noch eintreffen werden, in irgend einer Form unterstützt, hat keinerlei Schonung zu erwarten. Es wird vielmehr von mir rücksichtslos und mit allen Mitteln durchgegriffen werden.

Um den Ernst dieser Lage zu unterstreichen, habe ich den Aufruf der Regierung in einer beträchtlichen Auflage plakatieren lassen mit der Weisung, dass er auch im abgelegensten Dorfe bekannt werden muss. Ich erachte es darüber hinaus für notwendig, dass die Spitzen der tschech. Öffentlichkeit in allen Bezirken des Protektorats in geeigneter Weise über den Charakter des Regierungsaufufes als letzte Warnung aufgeklärt werden. Ich bitte Sie daher, sofort in diesem Sinne mit den deutschen und tschech. Bezirkshauptleuten in Verbindung zu treten und mir über das Veranlasse zu berichten.

63

Abst. gen. 20/4 57 H.

Foto Fernschreiben
Nr. 1667
18/4 44, 21.20
Oberlandrät
Dr. Meisinger, Landt

1875
100%

600

Aufbewahrung des dritten Geräts, daß dieses vielleicht für die Organisation bestimmt war und für Propagandazwecke benutzt werden sollte.

Bl. 7, 9

Der Angeschuldigte hat bei seiner polizeilichen Vernehmung am 25. Juni 1941 angegeben, er sei mit der Besetzung des Protektorats durch die deutschen Truppen nicht einverstanden gewesen und habe sich aus nationalen Gründen der Militärorganisation zur Verfügung gestellt. Bei seiner richterlichen Vernehmung am

Bl. 27, 34/35

16. September 1941 hat er weiter zugegeben, er sehe ein, daß er sich durch seine Tätigkeit für die geheime Organisation strafbar gemacht habe, und sei sich darüber klar gewesen, daß die Besetzung der Bahnhöfe und sonstiger Anlagen für den Fall des Umsturzes geplant gewesen sei. Er habe allerdings gehofft, daß es ähnlich wie im Herbst 1938 zu einer friedlichen Änderung der Verhältnisse im Protektorat kommen werde. Nachdem je-

Bl. 36

doch die Entwicklung der militärischen Lage im Westen gezeigt habe, daß mit einer friedlichen Änderung nicht mehr zu rechnen und das von ihm gebilligte Ziel, einen selbständigen tschechischen Staat wieder zu errichten, nicht mehr erreichbar sei, habe er sich um die ganze Sache nicht mehr gekümmert.

Beweismittel.

I. Die Einlassungen des Angeschuldigten:

Blatt 3/13, 27/36, 39/41, 43/44, 46/47;

II. Der Strafregisterauszug des Angeschuldigten:

Blatt I und II.

Ich beantrage,

gegen den Angeschuldigten Wenzel K f e m e n die Hauptverhandlung vor dem I. Senat des Volksgerichtshofs anzuordnen, die Fortdauer der Untersuchungshaft zu beschließen und dem Angeschuldigten einen Verteidiger zu bestellen.

2. 9.
Dariusz

FS. NR. 1667 18/4 44 2120 ERHALTEN OLKZ/WUCHTERL ++++ -

18.4.44 2120 FS. 1667 ERHALTEN OLP I /TRCKA/ +++

++++ 19/4 07,50 NR. 1667 OLI / UTISCHILL

FS NR. 1667 18.4. 44 OLPG ERH LAMPRECHT +++++

+ EINS OLBU 18.4. 44. 2215 OPITZ+++++ ✓

+++ FS. 1667 18. 4. 44. 2235 34 ERH. OLMO / RENTH.+++

+ FS. 1667 18/4 2230 OLB/LUG+++ ✓

Handwritten note:
Der Name, laut Zettel

Handwritten note:
ist in der ersten Aufzählung

Handwritten signature:
W. B. 22/44

63

02748



St. M. W. B. - 22/44

Der Wehrmachtbevollmächtigte
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

Prag XIX, den 30. 12. 19 40
Stabschef
Dienst der Wehrmacht 5

Gruppe z.b.V.

*z.Ma./Tr. Nr. 2016/40 off.

An

den Reichsprotector in Böhmen und Mähren
z.Hd. von Herrn Staatssekretär Frank

Prag

I.

Betr.: Informationsmaterial
über Sowjet-Russland.

Anbei übersende ich eine Meldung des General-Inspektorates der Regierungstruppe mit Propagandamaterial der TASS. Daraus ergibt sich:

- 1.) dass das russische Generalkonsulat in Prag anscheinend planmässig bolschewistische Zersetzungpropaganda treibt (s. Absender auf dem Briefumschlag),
- 2.) dass die Haltung des General-Inspektorates in diesem Fall loyal und korrekt gewesen ist.

Dass man das russische Material nicht verwenden wollte, ist an sich kein Verdienst. Das wäre von der Militär-Zensur sowieso nicht zugelassen worden.

Dass aber das Material nicht behalten oder vernichtet, sondern an den Wehrmachtbevollmächtigten abgeliefert wurde und damit das russische Generalkonsulat erheblich belastet ist, verdient bei den vielfachen slawischen Beziehungen zwischen Russen und Tschechen Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Um Rücksendung des Materials nach Gebrauch wird gebeten.

1 Pack Anlagen

Der Wehrmachtbevollmächtigte beim
Reichsprotector in Böhmen und Mähren

[Handwritten Signature]
General der Infanterie

St. S. 10 12

Der Wehrmachtbevollmächtigte
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

Prag XIX., den 25. 1. 19 41

~~Stempel~~
Dtsch. Wehrmacht 5

Gruppe z.b.V.

Az.Ma./ Pr. Nr. 2016/40 off.2.Ang.

An

den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren
z.Hd.v.Herrn SS-Gruppenführer Staatssekretär

Karl Hermann Frank

Prag

Betr.: Informations-Material der
Tass-Agentur

Bez.: W.B.Gr.z.b.V. Nr. 2016/40
vom 30.12.40.

Im Nachgang zu o.a. Schreiben wird das neuerdings
der Reg.Truppe zugegangene Informations-Material der Tass-
Agentur übersandt.

Um Rückgabe des Materials nach Gebrauch wird gebeten.

Anlagen:

4 Lichtbilder
2 Schreiben

Für den Wehrmachtbevollmächtigten
Der Chef des Gen.Stabes

H. G. M. J. - 26

Oberst i.G.

St. G. M. J. - 26

9

Prag, den 4. Feber 1941.

10

R. v. Waldheim
 (Kulturpolitik)
 - 6. II 1941
 Anlagen: 6 (3: IV P 122/113)
 6.2.
 Hög 2.2.41
 I.

K.H. mit 3 Anlagen

Herrn Ministerialrat v. G r e g o r y

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis und weiteren Veranlassung zugeleitet.

Ich wäre dankbar, wenn das Schreiben des Wehrmachtbevollmächtigten vom 25.v.Mts. - Zeichen Gruppe z.b.V. Az. Ma/Pr. Nr. 2016/40 off.2.Ang., betr. Informations-Material der Tass-Agentur, dem SD-Leitabschnitt Prag zur Auswertung übermittelt und im Anschluss hieran der gesamte Vorgang dem Herrn Staatssekretär einschliesslich einer Übersicht über die von Ihnen durchgeführten Massnahmen zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt würde.

[Handwritten signature]

Gruppe Presse

Geheim

Prag, den 24. März 1941.

An den

Abteilungsleiter IV,
Herrn Ministerialrat Dr. Frhr. von Gregory
Czernin-Palais.

Betrifft: Versendung von Tass-Nachrichtenmaterial an die
Zeitschrift der tschechischen Regierungstruppe.

Schreiben des Wehrmachtbevollmächtigten, Gruppe
z.b.V., -Az.Ma./Pr. Nr. 2016/40 off.- vom 30.12.
1940, sowie

Schreiben des Wehrmachtbevollmächtigten, Gruppe
z.b.V., -Az.Ma./Pr. Nr. 2016/40 off. 2 Ang.- vom
25.1.1941 und

Aktenvermerk St.S. VIII D -2b vom 4.2.1941.

Beigefügt reiche ich die beiden oben näher bezeichneten
Schreiben des Wehrmachtbevollmächtigten samt den dazugehör-
igen Anlagen, sowie das oben bezeichnete Schreiben von
Oberregierungsrat Dr. Gies und die dazugehörige Stellung-
nahme des SD-Leitabschnittes Prag -E VA 623- vom 25.1.1941
zurück. Ich schliesse mich vollinhaltlich der Stellungnahme
des SD-Leitabschnittes an und bemerke ergänzend, dass ich
bereits mit Schreiben vom 30. Oktober 1939 den SD-Leitab-
schnitt davon in Kenntnis gesetzt habe, dass der damalige
Pressebeirat des Generalkonsulates der UdSSR, Konrad an die
Zeitungen unmittelbar unpolitische Tass-Nachrichten mit der
Bitte um Veröffentlichung sendet. Kurz vorher waren auf mei-
nen Wunsch die Konsular-Vertretungen in Prag durch den Ver-
treter des Auswärtigen Amtes beim Reichsprotector in Böhmen
und Mähren aufgefordert worden, evtl. gewünschte Pressever-
öffentlichungen nicht direkt an die Zeitungen zu geben,
sondern über den Vertreter des Auswärtigen Amtes, der von
sich aus die Gruppe Presse beim Reichsprotector einzuschal-
ten bereit war, zu leiten. Mit Schreiben vom 29.3.1940 habe
ich dem Vertreter des Auswärtigen Amtes ebenfalls zur Kennt-
nis gebracht, dass der Pressebeirat des Generalkonsulates
der UdSSR, Tass-Nachrichten direkt an die Zeitungen gibt
und gebeten, evtl. das in Rede stehende Generalkonsulat
aufzufordern, alle von ihm gewünschten Presseveröffentlichun-
gen ebenfalls über den Vertreter des Auswärtigen Amtes

zu

zu leiten. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat mir darauf mit Schreiben vom 4. April 1940 mitgeteilt, dass der Pressebeirat des Sowjet-Generalkonsulates der Protektoratsangehörige Kurt Beer /vermutlich Jude/ ist, der sich des Pseudonyms Karl Konrad bedient. Ergänzend zu diesem Schreiben teilte mir der Vertreter des Auswärtigen Amtes mit Schreiben vom 29. April 1940 mit, dass das Auswärtige Amt mit Rücksicht auf die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen es nicht für angezeigt hält, dem sowjetrussischen Generalkonsulat in Prag zu empfehlen, die Versendung von Zeitungsnotizen und Pressenachrichten über die zuständigen Dienststellen vorzunehmen. Das Auswärtige Amt sei der Ansicht, dass dadurch der Eindruck entstehen könne, als sollte in diesem Zusammenhang eine Zensur ausgeübt werden. Es ist daher ^{unmittelbar} meinerseits davon abgesehen worden, in dieser An-
gelegenheit/einzugreifen. Dagegen habe ich die zuständigen Zensurstellen zu grösster Aufmerksamkeit gegenüber eventuellen Veröffentlichungen von Tass-Nachrichten in der tschechischen Presse angehalten.

I.
Inzwischen ist der frühere Pressebeirat Beer nicht mehr im Generalkonsulat der UdSSR. in Prag tätig. An seine Stelle ist der sowjetrussische Staatsangehörige Dr. Georg Axel getreten, der neben seiner Tätigkeit als Pressebeirat auch offiziell als Korrespondent der Agentur Tass in Prag tätig ist. Axel ist hier in mehrfacher Beziehung in unangenehmster Weise aufgefallen, wovon ich laufend den Vertreter des Auswärtigen Amtes unterrichtet habe.

Soweit meinerseits bisher festgestellt werden konnte, ist in keinem einzigen Falle Tass-Nachrichtenmaterial an tschechische Stellen bzw. Redaktionen versandt worden, dass irgend wie politischen Charakter gehabt hätte. Vorwiegend haben sich diese Sendungen auf kulturelles Material beschränkt. Der Auffassung des Wehrmachtbevollmächtigten in seinem Schreiben vom 30.12.1940, dass das russische Generalkonsulat durch seine Sendungen an die Schriftleitung der Zeitschrift der Regierungstruppe erheblich belastet erscheint, vermag ich mich nicht anzuschliessen, da diese Materialversicklungen

49047



ganz

ganz offen und mit Kenntnis der zuständigen deutschen Dienststellen erfolgen.

Trotzdem glaube ich in diesem Zusammenhang die besondere Aufmerksamkeit auf den jetzigen Pressebeirat des Generalkonsulats der UdSSR. richten zu sollen, da dieser nach meinem Dafürhalten ausserordentlich unerwünschte Beziehungen zu tschechischen Kreisen hier aufrecht zu erhalten scheint.

Anlagen!

I.

Hofmeister

13

Der Leiter der Abteilung IV
(Kulturpolitik)

Prag, 25. März 1941.

IV P 1333/Uvn g

Geheim

I.

Herrn Oberregierungsrat Dr. G i e s.

Unter Bezugnahme auf Ihr in der Anlage beigelegtes Schreiben vom 2. Februar 1941 übersende ich die gewünschte Stellungnahme der Gruppe Presse vom 24. März d.J. Die sztr übersandten Anlagen sind beigelegt.

Sicherheitsdienst Rf//
SD-Zeitabschnitt Prag
E VA 623

Prag-Bubentisch, den 3.7.1941.
Sachfenster
Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren
Eing.: 4. JULI 1941
Tel. Nr.

175

An den
Persönlichen Referenten
des Staatssekretärs
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
†-Obersturmbannführer Dr. G i e s,

P r a g.

I.

Betr.: Sowjetrussisches Generalkonsulat in Prag (Versen-
dung von Informationsmaterial).

Vorg.: Dort St.S. VIII D - 2 vom 4.4.1941.

Anlg.: 6 Blatt und ein Briefumschlag mit Sowjet-Material.

Anliegend werden die seinerzeit zur weiteren Bearbeitung
übersandten Vorgänge zurückgereicht, da die Angelegenheit
inzwischen überholt ist. Das Material war mit der Bitte um
Stellungnahme dem Reichssicherheitshauptamt übersandt wor-
den. Es wird gebeten, den Umschlag mit Sowjet-Propaganda-
material dem Herrn Wehrmachtbevollmächtigten seiner Bitte
entsprechend vom Büro des Herrn Staatssekretärs aus wieder
zugehen zu lassen.

i.A.

†-Sturmbannführer

St. S. VIII D-2 6/g

7. Juli 1941.

St.S. VIIID - 2b/g.

16

1
12. VII. 1941

I.
An Herrn
Oberst Longin,
Chef des Stabes,
Prag XIX,

Platz der Wehrmacht 5.

Sehr geehrter Herr Oberst!

Der Herr Staatssekretär lässt für die dort. Schreiben
von 30.12.1940 und 25.1.1941 - Zeichen Gruppe z.b.V.
Az.Me./Pr.Nr.2016/40 off. bzw. 2 Ang., betr. Infor-
mationsmaterial über Sowjet-Russland und Informations-
material der Tass-Agentur, sowie für die Übersendung
des Materials verbindlich danken. Das Material, von
dessen Inhalt der Herr Staatssekretär Kenntnis ge-
nommen hat, folgt hiermit zurück.

Heil Hitler!

Ihr

ks.
Oberregierungsrat.

2.

Z.d.A.

Edler

37
16

Zh-3066-1121-13-4-46.

AF

V Praze dne 15. dubna 1945.

A./ Úřední záznam:

Mezi t.zv. štěchovickým materiálem nalezen byl také spis St S B 4/41 g obsahující zprávy, resp. návrhy Oberlandratů zaslané K.H.FRANKOVI na t.zv. asimilaci českého národa během války a po ní.

Jedna fotokopie předána byla krátkou cestou panu veřejnému žalobci mimořádného lidového soudu v Praze.

Janoušek

Prag, den 19. März 1941.

18

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

K.H. mit 3 Anlagen

Herrn Minister Völkers

zugeleitet.

Der Herr Staatssekretär hat den Vorgang am 18.d.M. von dem Herrn Unterstaatssekretär erhalten. Eine Zweitausfertigung der Zusammenfassung der Oberlandratsberichte über die Assimilierung der Tschechen liegt dem Herrn Staatssekretär vor. Hingegen war es dem Herrn Staatssekretär nicht möglich, die Oberlandratsberichte selbst einer Durchsicht zu unterziehen. Der Herr Staatssekretär lässt deshalb um die Rückgabe der Oberlandratsberichte bitten, sobald Seine Exzellenz der Herr Reichsprotector von ihnen Kenntnis genommen hat, damit er sie seinerseits lesen und auswerten kann.

h
Oberregierungsrat

57823

2. Wv. am 18.4.1941 bei dem Unterzeichner.

zum 11.4.41 vordruckt



19

Prag, den März 1941

Assimilierung der Tschechen

Zusammenfassung der Oberlandratsberichte

Inhalt:

1. Aufgabe	Seite 1
2. Grundforderungen	" 1-2
3. Die augenblicklichen Gegebenheiten	" 2-3
4. Vorbereitung der Assimilierung während des Krieges	" 3-9
5. Assimilierung nach dem Sieg	" 10-13
6. Beureteilung	" 13-14

20

1. Aufgabe

Die Zusammenfassung hat die Aufgabe, einen kurzen Abriss der Berichte der Oberlandräte aus dem Februar 1941 und der damit zusammenhängenden früheren Berichte zur Frage der Assimilierung der Tschechen zu bieten. Sie schält nur die grossen Grundgedanken mit ihrer wesentlichen Begründung heraus, ohne verständlicherweise den gesamten Gedankenreichtum und die umfangreichen in sich geschlossenen Pläne einzelner Oberlandräte spiegeln zu können. Man hat bewusst davon abgesehen, den Oberlandräten Richtlinien für die Bearbeitung der aufgeworfenen Frage zu geben, damit sie unbeeinflusst ihre eigenen Gedanken entwickeln können. Trotzdem ist in so manchen wichtigen Punkten vielfache Übereinstimmung, die nur zu kleinerem Teil auf einer Ausrichtung, zum grösseren aber wohl auf naheliegenden Schlüssen beruht. Die Zusammenfassung nimmt zu dem vorgetragenen Ansichten der Oberlandräte nur insoweit Stellung, als sie heute oder in absehbarer Zeit aktuell ist.

2. Grundforderungen

Vorläufige Voraussetzung für jede weitere Arbeit ist vollkommene Übereinstimmung der Anschauungen aller politischen Faktoren zur Frage der Assimilierung. Solange Partei und Staat in den entscheidendsten Fragen voneinander abweichende Ansichten vertreten und auch die Entscheidung des Führers verschieden ausgelegt wird, kann und darf an die Durchführung des so ungemein schwierigen Problems der Assimilierung nicht herangetreten werden.

Es ist nötig, genaue Richtlinien auszuarbeiten, sie vom Führer genehmigen und allen beteiligten Stellen zur Beobachtung mitteilen zu lassen. Unter einheitlicher klarer Führung an der Spitze müssen deutsche Stellen aller Art systematisch eingesetzt werden und einheitlich vorgehen. Politischer Grundsatz ersten

Ranges hat zu sein, dass die verschiedenen Organe der Reichsverwaltung, die Partei und die Deutschen innerhalb der Protektoratsverwaltung zur gegenseitigen kameradschaftlichen offenen Unterstützung verpflichtet sind. Alle Sonderinteressen müssen dem einen grossen Ziel, der Germanisierung des böhmisch-mährischen Raums entweichen. Wer dagegen verstösst, ist für die Arbeit in diesem Raum ungeeignet und unerbittlich auszuschneiden.

3. Die augenblicklichen Gegenheiten

Zwei Momente bestimmen die gegenwärtige Haltung zur Frage einer Assimilierung im Grossen: die allgemeine politische Lage, dabei insbesondere das psychologische Moment und die Einsatzfrage. Die politische Lage hat sich im Verlauf des Krieges und besonders in den letzten Monaten so sehr versteift, daß nennenswerte Erfolge bei der Assimilierung wertvoller Tschechen wenigstens zur Zeit noch nicht ^{zu} erzielen sind. Die Tschechen sind für eine Umvolkung noch nicht reif, insbesondere ist ein Auslaugen der rassistisch besonders erwünschten Kräfte nicht möglich. So mancher Tscheche der sich jetzt zum Deutschtum bekennen will, wird als "Bruch" abgelehnt. Nur in einwandfreien Einzelfällen kann und muss man einen tschechischen Menschen zum deutschen Volks- und Staatszugehörigkeit zulassen. Das tschechische Volk verharrt in der Masse in eisiger Ablehnung. Die planmässige reichsfeindliche Flüster- und Rundfunkpropaganda hat es verstanden, sogar die Bauern- und Arbeiterschicht zumindest so weit zu erfassen, daß sie ~~allen volkstumpolitischen~~ Deutschen unaufgeschlossen abwartend gegenübersteht. Die beiden volkstumpolitischen Fronten sind ausserordentlich verhärtet. Der Zusammenbruch aller Hoffnungen auf einen eigenen Staat, die Erkenntnis

kenntnis, unlöslich mit dem Reich verbunden zu sein und der Wegfall jeder antideutschen Propaganda im europäischen Raum wird nach dem Siege einen entscheidenden Wandel schaffen. Reibungslose Weiterarbeit auf allen Lebensgebieten im Protektorat, besonders in Industrie und Wirtschaft ist erstes Gebot der Stunde. Bei manchen erforderlichen grossen Massnahmen zur Einleitung der Assimilierung, wie z.B. dem Zerschlagen der politischen Organisationen des tschechischen Volkes, werden sich Beunruhigungen und Störungen nicht vermeiden lassen.

Assimilierung im Grossen erfordert einen sehr erheblichen Einsatz von Menschen und Mitteln. Beides fehlt im gegenwärtigen Zeitpunkt in dem nötigen Ausmass.

Nach Ansicht der meisten Oberlandräte kann demnach das Assimilierungsproblem zur Zeit im Grossen praktisch nicht angegriffen werden. Nur zähe volkstumpspolitische Kleinarbeit ist am Platze. Wohl aber sind gewisse allgemeine theoretische und praktische vorbereitende Massnahmen und Klarstellungen erforderlich. Nur der Oberlandrat in Pardubitz hält die Ausarbeitung von Methoden und jeden Versuch im Kleinen für verfrüht. Jeder Versuch müsse für die Tschechen ein gewisses Entgegenkommen bedeuten, das heute als Schwäche ausgelegt würde. Ausserdem müsse es den Tschechen verbleiben, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die ihre positive Einstellung zum Deutschtum so schlagend beweisen, dass die deutsche Seite die Assimilierung einzelner Vorkämpfer erwägen kann.

4. Vorbereitung der Assimilierung während des Krieges.

Wenn auch die Verhältnisse während des Krieges ein besonders aktives Vorgehen in Assimilierungsfragen nicht gestatten, so verlangt man doch in allen und jedem eine Politik, die die Möglichkeiten einer Assimilierung in Friedenszeiten nicht verschüttet.

23

Eine geschickte Propaganda gegen die Feindpropaganda, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande, die Gewährleistung erträglicher Lebensbedingungen im Rahmen der Kriegsmöglichkeiten und auch das ungehemmte Wirkenlassen der geistigen Dynamik des deutschen 80.000.000.-Volkes werden geeignete Helfer sein.

Darüber hinaus sind aber schon heute Massnahmen zu treffen, bzw. energisch zu fördern, die geeignet sind, Werbepreparer der künftigen Umvorkung zu sein.

Wir müssen den tschechischen Menschen schon heute so erziehen und gestalten, dass die nach dem Kriege einsetzenden aktive Assimilierung ungehemmt wirken kann.

Voraussetzung jeder Umvorkung, jeder Wiederannahme deutschen Kulturgutes ist die Kenntnis der deutschen Sprache. Der Tscheche, der die deutsche Sprache versteht, ist jedem Angriff deutscher Propaganda, jedem deutschen Einfluss auf allen Lebensgebieten viel stärker ausgesetzt, als der tschechische Volkzugehörige, der nur seine Muttersprache beherrscht und so nur in ihr beeinflusst werden kann. Der Gebrauch der deutschen Sprache im böhmisch-mährischen Raum ist daher mit allen Mitteln zu fördern. Eine Beunruhigung der breiten Schichten ist daraus kaum zu erwarten. Z. B. empfinden heute selbst Tschechen, die noch im Vorjahr heissgekämpfte Doppelsprachigkeit der öffentlichen Beschilderung kaum mehr als besonders fremd und störend. Die Zweisprachigkeit des gesamten öffentlichen Lebens soll daher weiter vorangetrieben werden. Erhöhte Stundenzahl des Deutschunterrichts an allen Schulen mit einer Ueberprüfung der Deutschkenntnisse der unterrichtenden Lehrer soll bei der jungen Generation den Weg bereiten, Sprachenprüfungen die Erwachsenen zum Erlernen der deutschen Sprache zwingen. Die Voraussetzung jeder Einstellung und jeder Beförderung in den Diensten der autonomen Verwaltung im weitesten Sinne, bei öffentlichen Körperschaften, ja in der Wirtschaft bei mittleren und Grossbetrieben soll die Kenntnis der deutschen Sprache als der Umgangssprache des mitteleuropäischen

19

84

Raumes ja als der Weltsprache sein. Um die Massnahmen sicherzustellen fordern vereinzelt Oberlandräte für die Einstellung in die Wirtschaft die Zustimmung des Oberlandrats. Der Oberlandrat von Prag regt an, den Beamten (auch den unteren) der Protektoratsverwaltung, die die deutsche Sprache voll beherrschen und dies durch eine Prüfung nachweisen, eine Zulage gewähren zu lassen. Sie ist leicht gegenüber der Protektoratsregierung damit zu begründen, dass der deutschsprechende Beamte erheblich verwendungsfähiger ist. Was sonst nur in einer langen Reihe von Jahren erreicht werden kann, könnte bei dem ausgeprägten Erwerbssinn des einzelnen Tschechen und der heutigen schlechten Besoldung eine Zulage in Kürze zu Wege bringen. Die volle Kenntnis der deutschen Sprache bei den Protektoratsbeamten ist auch erforderlich, um die tschechische Amtssprache allmählich zurückdrängen zu können. Allerdings müssen auch die Deutschen im Protektorat, aber auch im übrigen Reichsgebiet ausschliesslich die deutsche Sprache gebrauchen. Sie dürfen nicht durch ein seines auch auf wirtschaftlichen Erwägungen beruhendes Entgegenkommen gegenüber den Tschechen durch die Verwendung der tschechischen Sprache die allgemeine Grundlinie stören. Der Kampf um die echte loyale Einstellung des tschechischen Volkes zum Reich und zu den neuen Verhältnisse ist trotz scheinbarer Misserfolge unermüdlich fortzusetzen und zu steigern. Besonders gewichtllegt man dabei auf die heranwachsende Generation. Der Schulunterricht wird neu gestaltet werden müssen. Deutsches Wissen, deutsche Geschichte und deutsche Kultur haben wiederum beherrschend in den Vordergrund zu treten. Schule, öffentliche Büchereien und Büchermarkt sind von jeder reichs- und deutschfeindlichen Literatur sowie von der bisherigen tschechischen Geschichtsauffassung gründlichst zu säubern. Rücksichtslose Entfernung aller unzuverlässigen Elemente unter der Lehrerschaft und Umschulung der Lehrer sollen dazu verhelfen, die tschechische Jugend endlich einmal in einem anderen Geiste zu erziehen. Die Durchsetzung dieser Forderungen bietet allerdings grosse Schwierigkeiten. Im Interesse der Zukunft darf man vor den nötigen Massnahmen, selbst

25

wenn sie zu gewissen Eingriffen in die Schulautonomie führen, nicht zurückschrecken. Reichsfeindliche illoyale Haltung muss rücksichtslos geahndet werden. Dementsprechend ist z.B. gegen die Legionäre scharf vorzugehen. Die Beeinflussung und Schulung zum Verständnis der neuen staatsrechtlichen Verhältnisse hat auch die Erwachsenen zu erfassen. Ein Versuch, die Beamtenschaft auf einer einheitlichen Linie an eine gewisse Reichstreue heranzubringen, muss gewagt werden. Bevorzugung und Beförderung besonders loyaler tschechischer Beamten werden ihre Wirkung nicht verfehlen.

Schliesslich ist schon heute jede Gelegenheit zu nützen, um Tschechen mit den grossen Leistungen des Dritten Reiches auf den verschiedenen Lebensgebieten vertraut zu machen. So lehrt besonders der Arbeitseinsatz im Altreich die Tschechen die bessere soziale Stellung des deutschen Arbeiters kennen und schätzen. Die werbende Kraft des deutschen Kultur- und Geisteslebens kann auch schon heute auf die Tschechen wirken. Eine Gefahr gilt es allerdings zu bannen.

Das tschechische Volk hat in der Geschichte mehrfach im Gegensatz zu anderen slawischen Völkern und zwar gerade wohl wegen seines grossen hochwertigen deutschen Bluteinschlages die Kraft bewiesen, seine politische Selbständigkeit auch gegenüber starken kulturellen, politischen und staatlichen Einwirkungen grosser Nachbarn durch eine eigenständige Verwertung und Aufnahme der von aussen andrängenden Kräfte zu wahren. Das Tschechentum ist zur Zeit in die Defensive gedrängt. Von aussen fest umklammert, von innen durch ständig neugeschaffene, streng abgeschlossene deutsche Positionen bedrängt ist ein starker Abwehrblock der Tschechen entstanden. In der Erkenntnis der daraus entstehenden politischen und volkstumpolitischen Gefahren fordern deshalb zahlreiche Oberländer (vor allem Olmütz, Prag, Kolin, M. Ostrau, Pardubitz) das tschechische Volk aus seiner derzeitigen Isolierung herauszuführen, es der Einwirkung des deutschen Reichs und Volkes auch möglichst vielen politischen wirtschaftlichen kulturellen und gesellschaftlichen Gebieten zu überantworten und es damit für alle Zeiten der Möglichkeit zur politischen Verselbständigung zu be-

rauben. Die Fronten sind zur Zeit so scharf getrennt und versteinert, dass jeder Annäherungsversuch einzelner Tschechen unmöglich ist, auch wenn bei ihm die blutsmässigen und psychologischen Voraussetzungen einer Umvölkung gegeben wären. Bisher war die deutsche Front wohl nötig, um sie überhaupt erst sammeln und erstarcken zu lassen. Nunmehr ist es aber an der Zeit, alles zu tun, um den 7,000,000.-Block der Tschechen zu zerreißen, bevor er noch ganz fest geschweisst ist. Aus dem einheitlichen Block könnten grösste Widerstandskräfte entstehen, die sowohl der Assimilierung, als auch der allgemeinen Politik grösste Schwierigkeiten bereiten würden.

Man fordert deshalb sichtbare deutsche Führung auf allen Gebieten, besonders auf denen sich eine Neugestaltung aus den heutigen revolutionären Gedanken entwickelt, bevor man noch die tschechische politische Führung überhaupt im Stande ist, sich an die neue Lage anzupassen. Deutsche Führung auf allen wirtschaftlichen Einzelgebieten (in Handelskammern, wirtschaftspolitische Organisationen), bei den landwirtschaftlichen Aufgaben der Erzeugungsschlacht, der Musterwirtschaften, Ausrichtung aller Selbstverwaltungsorgane und der ständischen Organisationen von deutscher Seite, Einfluss auf die soziale Ordnung und die innenbetriebliche Gestaltung, insbesondere in der Industrie ist dringend nötig. Die deutsche Führung innerhalb der entsprechenden verschiedenen Protektoratsinstitutionen ist mit dem Gedanken der Autonomie vereinbar. Das Verhältnis zwischen Reichsprotector und Protektoratsregierung von Führung und Ausführung wird ins breite, berufsständische Leben übertragen. Die deutsche Führung gestattet, die einzelnen Tschechen zu einer deutschgeleiteten Mitarbeit zu bringen und zu beurteilen. Wege zur künftigen Umvölkung werden bereitet. Erfahrungen und Möglichkeiten für künftige Massnahmen gewonnen.

Besonders wertvoll ist die Arbeit auf dem berufsständischen Gebiet. Sie erfasst den tschechischen Menschen mit dem möglichst grössten Teil seiner geistigen und materiellen Existenz und fügt ihn am stärksten in den Rythmus des deutschen Lebens ein. Der tschechische Arbeiter soll besonders auf sozialem Gebiet mitarbeiten

können. Auch wenn er nicht Mitglied der Deutschen Arbeitsfront sein kann, soll man ihn doch an diesen Veranstaltungen teilnehmen lassen.

Der Wert der Zusammenarbeit auf geselligem, kulturellem und sportlichem Gebiet ist zwar nicht zu unterschätzen. In der Masse aber ist sie wohl weniger verbindlich und ergiebig als auf dem berufsständischen Gebiet. Es ist möglich, eine über das Dienstliche hinausgehende Fühlungnahme einzelner deutscher Persönlichkeiten mit sorgsamst ausgewählten und für eine Assimilierung in Frage kommenden Tschechen zuzulassen. Der Oberlandrat muss darüber hinaus die Möglichkeit haben, an tschechischen Veranstaltungen teilzunehmen, um immer wieder da und dort einen Keil in die geschlossene tschechische Front hineintreiben und den Tschechen das Gefühl des insich geschlossenen Beisammenseins nehmen zu können. Der Oberlandrat von Prag wirft den Gedanken auf, ob man nicht die Sportverbände im Protektorat gemischtvölkisch aufziehen sollte. Die Annäherungsmöglichkeiten zweier Völker auf sportlichem Gebiet sind mannigfach. Das gesamte Sportleben im Protektorat könnte unter deutscher oder zumindest höriger tschechischer Führung organisiert und später sogar irgendwie in die Sportgliederung des Reichs eingebaut werden. Diese Methode verhindert die Abkapselung der Tschechen und erleichtert die Kontrolle jeder sportlichen Betätigung. Die unliebsamen nationalen Wettkämpfe liessen sich ebenfalls vermeiden.

Die Besprechungen einzelner Oberlandräte (Kolin, Prag, Tabor) gehen über diese vorbereitenden Massnahmen noch hinaus und gipfeln in der Forderung nach einer Organisation loyaler Tschechen. Die Abschliessung deutscherseits gegenüber der tschechischen inneren Politik hat dazu geführt, dass man deutscherseits sehr stark "draussen" steht und dass alle Kräfte, die im tschechischen Lager aus irgendwelchen Gründen - sei es aus Einsicht oder Konjunktur - zum Deutschtum streben, in der unter sich gelassenen tschechischen Front aufgegeben werden. Sogar der Tschechische Verband für die Zusammenarbeit mit den Deutschen geriet in deutschfeindliche Hände. Der Verband gibt aber unverdächtig die Gelegenheit, in ihn

27

hineinzusteigen und ihn zu einem wirklichen Kristallisationspunkt aller deutschgeneigten Kräfte zu machen. Ziel ist dabei, die Einheitsfront der Tschechen zu sprengen und die Tschechen in solche zu spalten, die entweder selbst den Anschluss suchen, oder einen entsprechenden Wink nicht zu übersehen wagen, die dann die heute im wesentlichen fehlende der Germanisierung zugängliche Zwischenschicht bilden würde, und in jene, die zäh und unbeflussbar an dem Tschechentum festhalten. Letztere Gruppe kann ggf. bei offenen Germanisierungsmassnahmen in der Nachkriegszeit beseitigt werden. Unter dem Mott "Zusammenarbeit" lässt sich versteckte Germanisierung bis zum einen Höchstgrad treiben. Förderung der Kenntnis der deutschen Sprache, Ausbildungsdienst im übrigen Reich, deutscher Schulbesuch und ähnliche Assimilierungsmassnahmen können einem Verband gegenüber, der die Zusammenarbeit auf seine Fahne geschrieben hat, nicht verdächtigt und begegnet werden. Der deutsche Einfluss in der Führung gestattet auch die Masse später nach rassistischen Gesichtspunkten entsprechend zu scheidén, wenn nicht schon die Aufnahmebedingungen (Abstammungsnachweis, politisches Verhalten u. dgl.) eine gewisse Auslese gebracht haben. Der Verband könnte wertvolle vorbereitende Assimilierungsarbeit leisten. Die erforderlichen Mittel würden dabei zu einem nicht unerheblichen Teil die Tschechen selbst bestreiten. Die Erfassung in dem Verband muss möglichst auf materielle Vorteile umschliessen. Bevorzugung, allenfalls Zulagen für besondere Ausgaben, wie deutschen Schulunterricht sind ins Auge zu fassen.

Bei allen diesen Massnahmen einer Einbeziehung von Tschechen in den deutschen Lebensbereich ist es nicht erforderlich, sofort am Anfang die Volksumsfrage zu stellen. So werden psychologische Hemmungen gerade wertvoller Tschechen vermieden, die dann im Laufe der Zeit wohl von selbst verschwinden werden.

Soweit reichen die Massnahmen, die im gegenwärtigen Zeitpunkt politisch vertretbar erscheinen .

19

5. Assimilierung nach dem Sieg

Den Gedanken der zuletzt erwähnten besonderen Erfassung deutschfreundlicher Tschechen enthält auch ein Vorschlag des Oberlandrats in Tabor. Er überschreitet aber wohl schon den im gegenwärtigen Zeitpunkt vertretbaren Rahmen der Assimilierungsmassnahmen. Er sei deshalb an die Spitze der für eine Assimilierung nach dem Siege vorgeschlagenen Massnahmen gestellt. Eine besondere staatsrechtliche Stellung soll diejenigen tschechischen Volkszugehörigen herausheben und dem Reich näherbringen, die infolge ihrer loyalen Gesinnung, eines hieraus entspringenden offenen und rückhaltslosen Bekenntnisses zum Reichsgedanken sowie ihrer rassistischen und charakterlichen Eignung für eine Umvolkung in Frage kommen. Die staatsrechtliche Einrichtung des "Reichsangehörigen tschechischer Nationalität" ist zu schaffen, die eine privilegierte Protektoratsangehörigkeit mit gewissen erhöhten Rechten aber auch Pflichten bedeutet. Arbeitsdienstpflicht vielleicht auch Wehrpflicht, sowie die Verpflichtung, die Kinder in deutsche Schulen zu schicken, bilden die eine Seite, eine gegenüber allen anderen Tschechen bevorzugte Behandlung im gesamten Leben die andere Seite der Einrichtung. Durch sie gewinnt man Möglichkeiten einer unmittelbaren Beeinflussung, ohne dass der einzelne tschechische Volkszugehörige gezwungen wird, seine Volkszugehörigkeit aufzugeben und damit den zunächst psychologisch schwierigsten Schritt zu tun. Schule, Propaganda, Arbeitseinsatz im Reich und Betreuung durch einen besonderen unter deutschem Einfluss stehenden, in allem begünstigten Verband der Reichsangehörigen tschechischer Nationalität bieten die Angriffspunkte einer allmählichen Umvolkung. Nach Abschluss der Entwicklung wird dem Einzelnen die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Für die Aufnahme zum Reichsangehörigen tschechischer Nationalität auf Grund freiwilligen Bekenntnisses soll der Oberlandrat nach eingehender rassistischer und charakterlicher Ueberprüfung durch Partei, SD ggf.

Gendarmerie zuständig sein.

Voraussetzung jeder Assimilierung im Grossen ist eine weitgehende Entpolitisierung des böhmisch-mährischen Raumes. Jeder solcher Assimilierungsversuch wird nach Ansicht der meisten Oberländer ins solange zwecklos sein, als noch tschechische chauvinistische Faktoren im Lande bestehen, die immer wieder den tschechischen Nationalgedanken in die Masse schleudern und in stiller Kleinarbeit gegen das Deutschtum wirken. Die politischen Organisationen der Tschechen, die Nationale Gemeinschaft, aber auch die rechtsoppositionellen Gruppen, Sokol, Orel, Arbeiterturnverein und Gewerkschaften müssen zerschlagen, jeder unerwünschte nationalbewusste Einfluss gewisser tschechischer Intelligenzkreise ausgeschaltet werden. Aeusserer Kennzeichen einer gewissen Staatlichkeit, wie die Regierungstruppe, haben zu weichen.

Die Hauptplanungsarbeit hat sich darauf zu beschränken, Umvolkungsmöglichkeiten insbesondere die äusseren Voraussetzungen und die innere Aufgeschlossenheit der Menschen zu schaffen und im übrigen den natürlichen Kräften das Spiel zu lassen. Eine scharfe Auslese bei der Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bietet genügend Sicherheiten, dass unerwünschte Elemente fernbleiben.

Die Massnahmen zur Assimilierung werden sich vor allem an die Jugend zu wenden haben. Schule und entsprechende Freizeitgestaltung müssen zielbewusst den Einfluss des Elternhauses abbiegen. Die tschechische Jugend wird in einem der HJ angeschlossenen Verband zu treuen sein. Fahrten ins Altreich, Teilnahme an Lagern und Veranstaltungen werden dazu beitragen, die tschechische Jugend mit deutschem Geist und Wesen bekanntzumachen und zu durchsetzen. Drosselung des tschechischen Schulwesens, Aufstiegsmöglichkeiten bei Besuch deutscher Schulen (deutsche Hochschule) allmähliche Doppelsprachigkeit der tschechischen Schulen und schliesslich die Unterstellung der tschechischen Lehrerbildungsanstalten unter deutsche Leitung werden weitere Fortschritte ermöglichen.

30

31

Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle Tschechen bietet die Gelegenheit zu einer eingehenden Prüfung der rassischen Zusammensetzung und der charakterlichen Eigenschaften jedes Einzelnen. Eine entsprechende Schulung beeinflusst die geistige Haltung der Arbeitsdienstpflichtigen im bildungsfähigsten Alter.

Ganz besondere Bedeutung kommt dem Arbeitseinsatz zu. Dauerarbeitsplätze werden unvolkungsfähige Tschechen, Einzelgänger oder Familien im Altreich festhalten. Planung muss dabei eine kompakte Ansiedlung zu verhindern wissen. Bei der Aussiedlung sind solche Berufsgruppen zu bevorzugen, die durch deutsche Arbeitskräfte aus dem übrigen Reichsgebiet ersetzt werden können. Der Einsatz von Intelligenz und Halbtelligenz verstreut im Altreich eventuell in den Kolonien und anderen Teilen Europas wird dem tschechischen Volkstum wertvolle Kräfte entziehen, die schon in der nächsten Generation ihrem Volkstum entfremdet sein werden.

Das Kulturleben der Tschechen muss allmählich, aber unmerklich wachsenden. Die nötigen Massnahmen setzen allerdings besonderes Geschick voraus, um nicht einen kulturpolitischen Widerstand zu wecken.

Mährische Oberlandräte (Brünn und Iglau) vertreten offenbar durch die starke blutmässige Mischung Deutscher und Mährer (Tschechen) veranlasst - die Auffassung verschüttetes deutsches Volkstum wieder erwecken zu können. An Hand objektiver Merkmale wie die früheren Volkszählungslisten, sonstige amtliche Behelfe, Schülerverzeichnisse, wissenschaftliche Forschungen u.dgl. ist es möglich, Abstammungsreihen des Einzelnen festzustellen. Man wird dann versuchen müssen, mit allen Mitteln in den tschechisierten Deutschen bzw. dem deutsch-tschechischen Mischling das Nationalbewusstsein besonders bei den Kindern wieder zu erwecken. Bei psychologisch geschickter Behandlung wird ein Erfolg zumindest in der nächsten Generation nicht ausbleiben. Es ist ja auch den Tschechen gelungen, in einer Generation weite deutsche Bevölkerungsteile ihrem Volkstum zu entfremden und für das Tschechentum zu ge -

sich nur an den einzelnen, bereits ausgearbeiteten Besonderen. Die Oberlandräte beschäftigen sich seitdem eingehend mit der Frage, welcher Besondere russisch erwünscht bzw. unerwünscht ist. Man verkennt aber nicht, dass gerade die Anforderungen, die vom russischen Gesichtspunkt an die zu assimilierenden Personen gestellt werden, ähnlich wie der Zeitraum, der zur Verfügung steht, Unterschiede in der Methodik bedingen. Es wird Aufgabe der Führung sein, diese beiden Kernfragen klarzustellen.

Um eine möglichst restlose Germanisierung des Raumes und deshalb eine Assimilierung auf breiter Basis zu ermöglichen, wird man sich bei der Auslese nicht nur auf deutschtschechischen Volkszugehörigen mit nordischen Rassenmerkmalen beschränken dürfen, sondern jeden erfassen müssen, der sippenmässig und charakterlich einwandfrei ein ähnliches russisches Bild wie der durchschnittliche Deutsche an und ostwärts der Elbe aufweist.

Die in den Ausführungen zu den Grundforderungen, den augenblicklichen Gegebenheiten und der Vorbereitung der Assimilierung während des Krieges (oben Sif. 22-4) geschilderten Ansichten der Oberlandräte sind im Wesen richtig. Es wird deshalb um Zustimmung für die Einleitung entsprechender Massnahmen gebeten.

Die Folgen der Assimilierung nach dem Siege bedürfen noch der Ausrichtung nach einem einheitlichen Gesichtspunkt. Zeitraum, russische Anforderungen, materielle und personelle Einsatzmöglichkeiten müssen geklärt sein, bevor der ins Einzelne gehende Plan ausgearbeitet wird.

Dr. Str.

39

V Praze, dne 16. dubna 1946.

A./ Úřední záznam:

Z t.zv. štěchovického archivu K.H.FRANKA byl získán spis St M IV B 22/44 g obsahující telegram K.H.FRANKA na Oberlandraty o vydání nařízení vzhledem k provolání prot. vlády z 13.4.1944.

V uvedeném dálnopise FRANK vyhrožuje, že bezohledně zakročí všemi prostředky proti osobám, které podporovají budou protistátní propagandu československé zahraniční vlády a ukládá vrchním radům-inspektorům, aby v tom smyslu okamžitě byli poučeni vředčí české osobnosti v jich oblasti.

Jenouš